

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2020 bei 55 und im Jahr 2021 bei 61,5 US-Dollar pro Barrel.^{K1.1} Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2021 bei 1,11 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ungefähr so hoch wie im vergangenen Jahr. Gegenüber dem übrigen Euroraum wird sie etwas geringer. Der Welthandel mit Waren (CPB) stagniert im Jahr 2020 und expandiert im Jahr 2021 um 2,3%. Die EZB senkt ihren Einlagezinssatz im März auf -0,6%. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft günstig.

Es wird unterstellt, dass die Übergangsphase für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union Ende 2020 ausläuft, ohne dass eine vertragliche Anschlussregelung gefunden wird, dass aber pragmatische Regelungen eine Fortsetzung der dringlichsten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen und auch der europäische Finanzsektor stabil bleibt.

Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Im laufenden Jahr erhöhen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die erneute Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer sowie die Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags nochmals deutlich. Zudem regen die zusätzlichen investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, etwa der Breitbandausbau oder der ‚DigitalPakt Schule‘, sowie die zusätzlichen Ausgaben des Energie- und Klimafonds im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 die Nachfrage an.^{K1.2} Darüber hinaus wurden diverse monetäre Sozialleistungen ausgeweitet, etwa im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes, durch Änderungen beim BAföG, die Erhöhung des Wohngeldes oder verschiedene rentenpolitische Maßnahmen. Schließlich resultieren aus diversen finanzpolitischen Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, allen voran aus dem Terminservice- und Versorgungsgesetz, sowie im Pflegebereich staatliche Mehrausgaben. Auf der Einnahmeseite ergeben sich bei den Sozialversicherungen keine zusätzlichen Impulse. Zwar wurde in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Freibetrag für Betriebsrenten eingeführt und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2020 leicht gesenkt. Dem steht aber der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber (vgl. Tabelle A15 im Online-Anhang). Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2020 auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2021 schwenkt die Finanzpolitik auf einen noch etwas expansiveren Kurs ein. Durch den Abbau des Solidaritätszuschlags und weitere Steuerrechtsänderungen belaufen sich die steuerlichen Entlastungen auf über 15 Mrd. Euro. Hinzu kommt die Einführung der Grundrente sowie die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021. Schließlich laufen die investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag weiter an. Vom Klimapaket gehen insgesamt keine Nachfragempulse aus, weil den geplanten Mehrausgaben des Energie- und Klimafonds und der Senkung der EEG-Umlage entsprechende Mehreinnahmen durch die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr gegenüberstehen. Alles in allem beläuft sich der finanzpolitische Impuls im Jahr 2021 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

^{K1.1} Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik ‚Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose‘: Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Robuste Binnenkonjunktur kompensiert schwächere Exportdynamik, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (5), 2015, 188-189.

^{K1.2} Vgl. dazu Drygalla, A., Heinisch, K., Holtemöller, O., Lindner, A., Schult, Ch., Wieschemeyer, W., Zeddies, G.: Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapaket: Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019, 109-120.